

vornehmen, daß wir unsere Produktion zukünftig nach diesen Kennziffern so anpassen, daß wir nicht zusätzlich Überschüsse produzieren, die durch nachhaltige Finanzierung aufrechterhalten werden müssen.

Leider geht die Benachteiligung unserer Produkte, das, was wir mit dieser Marktordnung eigentlich verhindern wollen, schon weiter und ist im vollen Gange. In der Hauptstadt Berlin, die es ja für unser Land noch ist, ist derzeit kein Bier mehr erhältlich, das aus eigener Produktion stammt. Und das ist eine riesenhafte Schweinerei. Das muß an dieser Stelle klar gesagt werden.

(Beifall)

Das ist nicht im Sinne unserer Wirtschaft und Wirtschaftsförderung. Und deshalb appelliere ich auch an unsere Bürger, sich mehr auf unsere Produkte zu konzentrieren und auch Konsequenzen im Handel zu fordern; denn das ist nicht die Sache der Landwirtschaft oder der Nahrungsgüterindustrie, sondern ein eindeutiges Versagen unserer Handelsorgane, wie wir es hier auch schon mehrfach kritisiert haben.

(Beifall)

Ich denke, daß wir uns in diesem Punkte einig sind, daß solche Personen, die derartige Wirtschaftssabotage betreiben, entlassen werden müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte von dieser Stelle aus auch noch einmal an die Bundesregierung appellieren, weil ich gestern ja schon sagte, daß diese Maßnahmen, die für unseren Agrarhaushalt für das zweite Halbjahr 1990 und für 1991 sehr eng bemessen sind, nicht ausreichen und die ganze Frage des Agrarhaushaltes unter den besonderen Bedingungen unseres Landes in gemeinsamen Verhandlungen unserer Regierung und der Bundesregierung mit der Landwirtschaft noch einmal neu zu ordnen und zu überdenken ist und Möglichkeiten gefunden und finanzielle Mittel erschlossen werden sollten, unserer Landwirtschaft ein Überleben in geordneten Bahnen zu sichern.

Das vorliegende Marktordnungsgesetz kann nach wie vor nur ein notwendiges Übel sein, dessen Anwendung nicht mehr als notwendig erfolgen sollte.

Meine Damen und Herren! Wir empfehlen die Überweisung dieses Gesetzes an die vorgesehenen Ausschüsse. Danke schön.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke. Als nächster spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Mäder.

Mäder für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Das Marktorganisationsgesetz entspricht in seinen Strukturen dem Marktordnungssystem der Europäischen Gemeinschaft. Es dient der Verhinderung von Störungen auf dem Agrarmarkt und der Einführung von Preisstützungs- und Außenschutzsystemen. Jedenfalls ist so seine Zweckbestimmung beschrieben. Besondere Vergünstigungen, welche unseren Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse zugute kommen sollen, sind unter anderem Ausfuhrerstattungen, Produktionserstattungen, Beihilfen für die Herstellung von Erzeugnissen, welche für bestimmte Zwecke verwendet werden, aber es fehlt auch nicht an dem Wermutstropfen in dem dargereichten EG-Kelch.

Und genau da kommen wir auf des Pudels Kern. Es ist nämlich auch die Rede von Flächenstillegungen, Nichtvermarktungsprämien, Vergütung für die Aufgabe von Produktion, Beihilfe für private Lagerhaltung, Produktionsquoten und die Intervention

durch Kauf, Lagerung und Verkauf - ein Spiel auf dem Rücken unserer Bauern, wobei sich die Herren in Brüssel gewaltig eins ins Fäustchen lachen.

Es ist dringend erforderlich, die Großtierbestände in den Genossenschaften zurückzufahren, um auch den Erfordernissen des Umweltschutzes gerecht zu werden. Das sollte jedoch nicht heißen: bedingungslose Unterordnung unserer Landwirtschaft unter den Rahmen der EG-Wirtschaft.

Im Klartext wird das Arbeitslosigkeit für jeden zweiten in der Landwirtschaft Beschäftigten bedeuten - ohne Ausweichmöglichkeiten auf andere Arbeitsmärkte. In den ländlichen Gebieten gibt es eben keine andere Arbeitsmöglichkeit als in der Landwirtschaft. Wir würden Teile der Landbevölkerung in den sozialen Notstand bringen.

Hier könnte durch Investitionen eine Verarbeitungsindustrie aufgebaut werden. Das würde nicht nur die Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft garantieren, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen und dem Bauern seine berechnete Existenzangst nehmen. Ich denke dabei an die Errichtung einer Fleischverarbeitung vor Ort, um die desolaten Schlachthöfe aus den Innenstädten herauszubekommen. Schon von seiten der Hygiene ist eine solche Lösung notwendig. Warum soll nicht in einem Gebiet, wo die Tierproduktionsbetriebe ansässig sind, ein Schlachthof errichtet werden und vielleicht auch durch Zusammenschluß von Privatschlachtern und Genossenschaften übernommen werden? Die Vorteile liegen auf der Hand: geringe Transportleistungen, Frischvermarktung und verarbeitungsorientiert, also am Käufer selbst, qualitätsgerecht, kundenfreundlich und preisgünstig mit dem nötigen Image angeboten, das ist Marktwirtschaft.

Nur ist es höchste Zeit, und unsere Bauern sollten nicht immer auf irgendwelche Entscheidungen von oben warten, denn diese kommen mit Sicherheit nicht.

Durch die anstehende Verarbeitung von Magermilchpulver zu hochwertigen eiweißhaltigen Futtermitteln wird es zu einem erneuten Anstieg der Milchproduktion kommen. Das für den Zeitraum vom 1.7. 1990 bis 1.3. 1991 festgeschriebene Milchkontingent von 5,2 Mio t wird es erforderlich machen, zirka 40 Prozent des Milchviehbestandes der Schlachtung zuzuführen.

Gemäß Regelungen des alten Staatsapparates, wider besseren Wissens der Bauern, wurde Milchvieh in Standorten gehalten, wo vorher nie eine Produktion in dieser Richtung stattgefunden hat. Viele Genossenschaften hielten sich die berühmten „schwarzen Herden“, um das Geschäft mit der Milch abzuwickeln - ein Umstand, der nicht schuldlos am Butterberg und am Milchüberfluß ist.

Hier sollten die Möglichkeiten des Exports landwirtschaftlicher Produkte in die Länder des Ostens oder Entwicklungsländer noch mehr genutzt werden. Die Kosten des Exports sind jedenfalls geringer als teure Lagerhaltung, wie sie zum Schutz des Marktes für Interventionskäufe durch die ALM getätigt wird. Die entstehenden Kosten werden durch Kredite abgegolten, welche unsere gesamte Wirtschaft belasten. Bei späterem Verkauf dieser Ware nach Stabilisierung der Marktlage kann natürlich auch eventuell Gewinn erzielt werden. Aber der Preis regelt sich immer nach den Richtlinien der Marktwirtschaft, also Angebot und Nachfrage, und es gibt den Preis nach Vereinbarung. Zu beachten ist, daß jede Intervention den Marktpreis drückt und Wertungsverluste in Kauf genommen werden müssen.

Das sollte jedoch den Landwirt nicht dazu verleiten, seine Produkte zu Schleuderpreisen zu veräußern. Ihm bleibt die Möglichkeit, sich einen Käufer nach seinen Wünschen zu suchen. Auf die Preisbildung selbst hat die ALM keinen Einfluß. Und ein Unternehmen oder eine Genossenschaft wird sehr bald bemerken, wann ihr Preis unreal ist, spätestens dann, wenn die Ware nicht abgenommen wird, was bei schnell verderblichen Produkten besonders problematisch wird. Aber das ist eben das Prinzip der Marktwirtschaft. Nur wer preisorientiert, qualitätsgerecht, flexibel und marktorientiert produziert und handelt, wird bestehen können. Unproduktive landwirtschaftliche Betriebe werden